

## Sächsische Politik

Die Klappermühle am Elbufer pläppert jetzt Tag um Tag ihr Rad zum Rauschen. Kapitel um Kapitel wird abgeschafft. Die Regierung soll ihren Stiel unter Deck und Fach bekommen. Das feiert sie in einem großen Verwaltungsbureau oder in einem Kaffeehaus, während sie bei einer Auktion füllt der Hammer den Wahlkästen aufs Holz. Abgeschlossen, keiner bietet mehr. Und zu einem kleinen Jubiläum, ein kommunistischer Antrag, aber ein Mitzrauenantrag. Doch hinter dem Raden des Radars sitzt der Präsident. Ständig auf dem Sprung, ein Rausch in die große Politik ist verboten. Über im Kaffeehaus, wenn ein Kommunist einen Vergleich zur Reichspolitik zieht, legt Goebbels empört die Fäuste hin; Politik gehört eben nicht in einen lässigen Kusschuh.

Am Donnerstag gab es wieder eine Ausdruckszeitung. Die Deutschnationalen prügeln auf Reinbold. Die Koalition aber handelt. Der Stich dieses Teiles der Privatindustriellen wurde abgewehrt. Auch die Kommunisten lehnen diesen Stich ab. Über dieser Reinbold hat schon verdient, mit dieser geliebten Regierung schon lange in die Verlängerung zu verschwinden. Er betrieb eine zweimalige Heraushebung der Steuerhöhe für die Bevölkerung, er betrieb die Verlängerung der Arbeitszeit in den staatlichen Betrieben, den Rohstoffbau, die Entlassung von Betriebsräten. „Für die Unternehmer alles, für die Arbeiter, Angestellten und Beamten nichts“. Das ist der Grundzirkel der Politik des Kabinetts des Sozialdemokraten Heldt.

Ah und zu bringen dann einmal die Parteien der Koalition, insbesondere die Sozialdemokraten, einen Antrag ein, der dazu dienen soll, die Wähler der Stange zu halten. Das aber nichts kostet und meist begraben wird.

Zwei solcher Streuobstanzüge seien hier kurz aufgezeigt. Am Dienstag wurde im Plenum des Landtages ein Antrag der SPD. behandelt, den „Beamten der Besoldungsgruppe 1-6 eine Wiederholshilfe von 100 M. zu gewähren“. Der SPD. Abgeordnete Schnitz erläuterte bei der Begründung führt und tapfer, wenn die Reichsregierung einem solchen Antrag nicht folgen würde, müsse man auch einmal gegen die Reichsregierung handeln. Der Genosse Renner kennzeichnet das sofort als leere Redensarten, mit denen man den Beamten Mähnen vormache.

Der Antrag ging an den Finanzausschuss. Noch keine Woche ist vergangen, und schon sind die Helden ungehalten.

Schnitz hat keinen so tapfer begründeten Antrag aufgegeben. Er lebt hat in der Sitzung des Ausschusses am 2. Juli beantragt: Der Landtag wolle beschließen, den Antrag 100% abzulehnen. Für den Antrag, den Beamten das Geld zu bewilligen, stimmen nur noch die Kommunisten und die „Linien“. An die Stelle des konkreten Hocherhungen setzte Schnitz folgendes verschrobene Ding:

- Der Landtag erteilt der Aufstellung der Reichsregierung, daß eine Aufbesserung der Beamtenbezüge im gegenwärtigen Augenblick überhaupt unmöglich sei, angesichts der in weiten Kreisen der Beamenschaft herrschenden Notlage nicht beizutreten.
- Die Regierung wird erachtet, im Einvernehmen mit den übrigen Ländern auf die Reichsregierung einzutreten, daß unverzüglich zunächst die Bezüge der wirtschaftlich schwächeren Beamten eine solche Aufbesserung erfahren, daß die im Interesse der Dienstreidigkeit und der Erhaltung ihrer Leistungsfähigkeit von der drückenden Not bestellt werden. Diese Aufbesserung soll auch den Wartegeldempfängern, Ruhegehaltsempfängern und Hinterbliebenen in gleicher Lage zugetreten werden.
- Für den Fall, daß die Reichsregierung bis zur Vertagung des Reichstages eine Änderung der Besoldungsordnung nicht durchgeführt hat, ist die Staatsregierung ermächtigt und erachtet, im Einvernehmen mit der Reichsregierung durch einschlägige Maßnahmen der Notlage des Gehalts-empfängers in den Gruppen 1 bis 6 in demselben Maße wie bei den Beamten des Reichs abzuheben.

Schnitz.

Der Antrag wird sicherlich angenommen. Er kostet nichts, wird nicht durchgeführt und bringt den Beamten keine Hilfe. Die Kommunisten haben ihren Antrag, auf eine Zulagegewährung auch an die Angestellten und Arbeiter aufrechterhalten. Dazu noch folgende Anträge gestellt:

- Die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die Beleibten im staatlichen Straßen- und Wasserbauwesen, deren Einkommen das Gehalt der Gruppe 5 nicht übersteigt, eine Kleider- und Wetterzulage von jährlich 200 Mark zu bewilligen.
- Elzrodt. Dr. Schmidte.

Die Regierung zu beauftragen, bei der Reichsregierung die Beleibung der Besoldungsgruppen 1 bis 6 zu fordern.

Elzrodt. Dr. Schmidte.

Der Finanzausschuss hat diese Anträge selbstverständlich auch abgelehnt. Die Beamten, Arbeiter, Angestellten sollen daraus endlich erleben, wer ihre Interessen vertreibt. Die Sozialdemokraten führen nur Stimmenangang und Theaterumzug. Nur die KPD. vertritt als einzige Partei wirklich und ernsthaft die Interessen der Werktätigen.

Eine nicht viel bedeutsamere Komödie stellt der Antrag der Wirth- und Weltkönig über den Schutz der Schwangeren dar. Die gesamten Fortbewegungen gehen an die Reichsregierung, werden von dieser nicht durchgeführt. Das aber, was in Sachsen durchzuführen ginge, Verstaatlichung des Gebarmutterwesens, unentbehrliche Geburthilfe wurde von den Sozialdemokraten abgelehnt.

Die jetzt gestellten Anträge sind Beruhigungspillen für die, die nicht alle werden, vielleicht auch schon ein wenig Beruhigung für die nächsten Wahlen. Praktisch leisten die SPD. Gefallen dem Bürgertum ständig Unterstützung. Den Arbeitern und Angestellten gibt man etwas fürs Gemüt. Die jetzt gestellten Anträge sollen schließlich von der Politik des Vertrags und des Vertrags, sollen zudem die Schwangerschaft, die im Reich vollzogen wird, in die Front der Zoll- und Steuerbewilliger.

Reich wird den Bourgeoisagenten dieser Zeitung nicht werden. Die Kommunisten werden das Mandat durchkreuzen. Dann aber werden die katastrophalen Finanzverhältnisse im nächsten Jahr zwingen, einen geradezu unerhörten Rausch auf die arbeitenden Kreise in Sachsen durchzuführen und alle sozialen Ausgaben einzuschränken. Das Bild, daß der Minister der Finanzen über diese dem Haushaltshaushalt entwunden hat, war ja, daß der Ausdruck sich vor Schreck Geheimhaltung beobachtet, trotz des Bestreites der Kommunisten, die der Aufstellung sind, daß die Öffentlichkeit boldig den Stand der Dinge erkennen mag und auch erkennen will, was offen Dantonsammlerbeschlüsse. Die Kommunisten werden den Arbeitern demütig liegen, was zu sagen aufschreibt, ob damit diese sich vorbereiten auf Kriegswert Rausch. Aber die SPD. den Schreibmühlungsauzug zu einem, zeigt nur, daß diese im Interesse der Bevölkerung die Arbeiterschachtpolitik hilft.

## Zusammenfassung im Reichstag

### Keine Besprechung der Außenpolitik

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern abend gab es am Schlusse des Reichstagsitzung einige heftige Zusammenstöße. Genosse Stöder hatte beantragt, auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung die Besprechung der Außenpolitik zu legen. Das rief zunächst den Sozialdemokraten Hermann Müller auf den Plan, der gleichfalls für die Besprechung bis spätestens Montag eintrat. Nun kam die Überraschung. Der Abgeordnete Wirth, Zentrum, also ein Mitglied der Regierungspartei, verlangte auch sofortige Besprechung deswegen, weil die Volkspartei durch Zeitungsartikel und durch sogenannte Rätselkästen für die Außenpolitik eine Stellung eingenommen hätte, die den bisherigen Grundlagen der Außenpolitik entspreche. Wirths Parteigenosse, Freidenbach, wandte sich gegen diesen Antrag. In der Abstimmung wurde ein Antrag, die Außenpolitik am Montag auf die Tagesordnung zu legen, gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten, Demokraten und des Abgeordneten Wirth abgelehnt und beschlossen, daß der Reichstagspräsident sich mit dem Außenminister weds Festlegung des Termins der Auftendebatte ins Benehmen zu setzen.

Die Regierungsparteien wollen die Ausgabe ihrer nationalen Phrasen nicht in der Offenheit des Reichstags besprechen.

### Die Begleitleitung der KPD. Brandenburg gegen die „Vorwärts“-Hebe

#### Die Einheitsfront der Arbeiter.

Berlin, 4. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Zu dem gestern mitgeteilten Aufruf des Bezirksvorstandes Groß-Berlin der KPD., in welchem erklärt wird, daß kommunistische Redner in sozialdemokratischen Versammlungen nicht mehr zur Diskussion zugelassen werden, erklärt die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD.:

„Die bewußte Provokation der revolutionären Arbeiter Berlins wird die Kommunisten nicht davon hindern, weiter alles daran zu setzen, um in sachlicher Aussprache mit den SPD.-Kollegen die Voraussetzungen für den einheitlichen Kampf der Arbeiterklasse zu schaffen. Wir erklären daher offiziell, daß in unseren Versammlungen sowohl KPD.-Arbeiter als auch die offiziellen Vertreter der SPD. mit ausreichender Redeweise sprechen und ihre Politik verteidigen können. Wir erklären weiter, daß wir noch wie vor den Tropen der sozialdemokratisch-faschistischen Hauptlinien zurückzuhören, jede Gelegenheit wahrnehmen, um unseren politischen Standpunkt vor den SPD.-Arbeitern zu vertreten. Wir fordern unsere Parteigenossen auf, außerste Geduld und Zurückhaltung an den Tag zu legen, damit der Verlust der Crispin, Wels, Künstler und Kompagnie, die die Freude der Bourgeoisie gegeneinander zu heben, nicht gelingt.“

### Die Amnesty wird verschleppt

#### Abermalige Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Parteiführern.

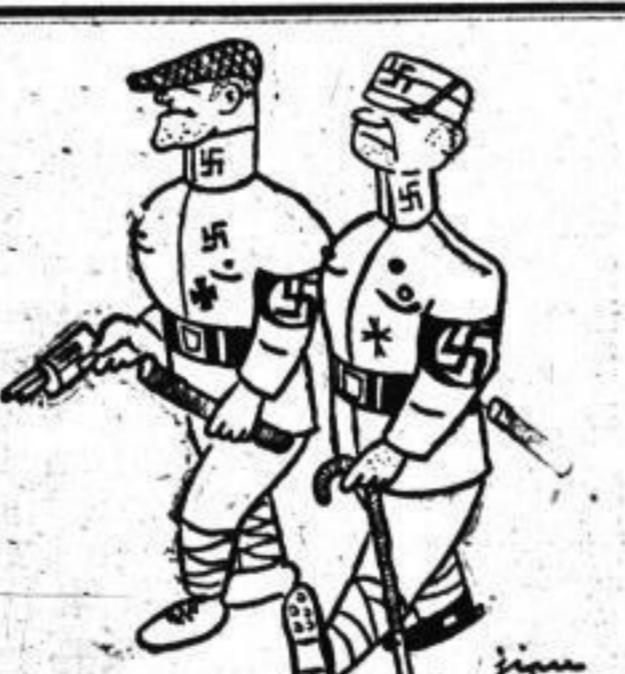
Die Reichsregierung hat vor einigen Wochen mitteilen lassen, daß der Amnestie-Gesetzentwurf fertiggestellt sei. Nach den erfolgten Besprechungen mit den Ländere-Regierungen und den Parteiführern sei der Entwurf bereits dem Reichstag überwiesen worden und werde binnen kurzem an den Tag gebracht. Die Presse war bereits in der Lage, die wichtigsten Punkte der Amnestievorlage zu berichten. Jetzt läuft die Regierung plötzlich mitteilen, daß die Verhandlungen über eine Amnestie im Reiche noch nicht abgeschlossen seien, da endgültige Vereinbarungen mit den einzelnen Parteien noch nicht zustande gekommen sind. Infolgedessen hätten auch die Länder an dieser Frage noch nicht endgültig Stellung nehmen können. Wie das „Berliner Tageblatt“ zu melden weiß, sollen die Amnestie-Sprechungen mit den Parteiführern am heutigen Freitag von der Regierung fortgesetzt werden.

Welches Ziel die Reichsregierung durch ihre neue Taktik verfolgt, wird verschwiegen. Es ist ganz augenscheinlich, daß die Amnestie innerhalb der politischen Schwierigkeiten, in denen sich die Reichsregierung gegenwärtig befindet, zu einem Rückhandschlag gemacht werden soll.

Die Arbeiterschaft hat alle Ursache, gegenüber den Schwarzen Blättern des monarchistischen Hindenburg-Kabinetts auf der Hut zu sein. Sollte die Regierung die Wahrheit haben, die Scheinamnestie noch weiter zu verschlieppen, und ihren Betrugsmanövern neue Winkelzüge hinzuzufügen, dann muß die Arbeiterschaft gehörig antworten. Die riesige Zahl von Unterschriften für die Amnestie, die von den deutschen Arbeitern in allen Städten und Dörfern innerhalb kürzester Frist bisher gesammelt worden sind, beweisen, daß der Amnestiewille weit über die Reihen der kommunistischen Partei hinaus, selbst im Kleinstadtgebiet Fuß gefasst hat. Das soll der Regierung eine Warnung sein. Die Arbeiter müssen als Antwort auf die Verschleppungsmanöver der Regierung ihre Propaganda für die Unterstrichen verzeihen.

In Sachsen steht am Dienstag die Amnestiefrage im Landtag zur Beratung.

Arbeiter, verlangt von den Parteien die weitgehende Amnestie.



„Was brauchen wir? Amnestie? Uns hat doch noch nie ein deutsches Gericht bestraft!“

## Pressehebe gegen Außland

#### Unmäßige Wut wegen der Verurteilung der Polistinen

Berlin. In den Todesurteilen im O.L. Prozeß schreibt der Vorwärts vom Freitag abend unter der Überschrift „Moskauer Blutgericht“, die Angeklagten hätten terroristische Handlungen weder begangen noch vorbereitet. Während man es im Leipziger Prozeß mit einer Gruppe von Leuten, zum Teil verbündeten Fanatiken, zum Teil Kriegsgefangenen zu tun hatte, die die Methoden der russischen Tscheka in die deutsche Arbeiterbewegung hineingetragen lügten, hat man aus dem Berliner des Moskauer Prozesses (A.W. der Vorwärts) hat ebenso wie die gesamte bürgerliche Presse durch die Prozeßverhandlungen nichts oder fast nichts berichtet! Die Red. den ganz bestimmten Eindruck, daß die leitenden Sowjetbehörden selbst nicht an die Schuld der angeklagten Studenten glauben, sondern sich ihrer nur bedienen, um Rauschobjekt für den in Leipzig verurteilten Stoblets in die Hand zu bekommen. Dies kennzeichnet den Prozeß als eine niedrige politische Nase, als eine bewußt inkisierter Tschakomöde, bei der mit jenem Gemisch von vollziger Grausamkeit und raffinierter politischer Berechnung, das für die russische Tschakomödie charakteristisch ist, mit Menschenleben wie mit hohen Nüssen gespielt wird.“

Der „Vorwärts“ erwähnt nebenbei die Leipziger Todesurteile und erklärt dazu, die SPD. sei stets gegen Todesurteile aufgetreten. „Nicht nur im Interesse der unglücklich verurteilten deutschen Studenten, sondern auch im Interesse des verhöhnten und vergewaltigten Rechts erheben wir den härtesten Protest.“

Der „Vorwärts“ ist außer der jungerlichen „Deutschen Tageszeitung“ das einzige bürgerliche Abendblatt, das mit deratiger Schärfe hält. Die deutschnationale „Kreuzzeitung“ meint in heimlicher marxistischer Erkenntnis: „Dem internationalen Konservatarij, soweit es dem trügerischen Sommelien folgt, soll die abgrundtiefe Verworenheit und Gefährlichkeit der kapitalistisch getrichteten Klassen- und Parteiflüste“ enthüllt werden.“

Die „Tägliche Rundschau“ (volkspartei) schreibt, das Gericht habe nach dem „unreinen“ Grundlagen Venins gehandelt, wonach der Richter ein Diener des revolutionären Arbeiter- und Bauernvolkes ist und die Aufgabe hat, die Errungenheiten der Revolution zu schützen. Ganz ähnlich die „Vossische Zeitung“, die dieselben Sätze und den Satz des bürgerlichen Revolutionärs Robespierre von 1793 anführt: „Die Vollet sprechen keine Worte, die schleudern Blitze.“

Das durch den Prozeß kompromittierte „Berliner Tageblatt“ schreibt, wenn die O.L. Mörder nach Außland geschickt hätte, hätte niemand in Deutschland ein Interesse an der Bekämpfung der Mörder gehabt, aber das sei nicht bewiesen; Sowjetrußland stelle sich durch das Urteil außerhalb des Kreises vertragstümlicher Staaten.

Die gesamte antibolschewistische Presse vermeidet ängstlich auf den Charakter des Leipziger Tschakoprozesses einzugehen, ergo wo sie, wie die „Voss.“ die Existenz einer kapitalistischen Kloßjunktion in Deutschland zugibt.

Politisch tritt ganz klar hervor, daß die gesamte Presse — auch die in der Sicherheitspolitikfrage so schwankende und „bedenkensvolle“ demokratische Presse — die allgemeine Hebe gegen das Moskauer Revolutionsgericht in erster Linie zum Zweck des beschleunigten Abschlusses des Sicherheitspaktes vereinigt.

### Die „Kreuzzeitung“ droht mit Mord

Die „Kreuzzeitung“ schreibt zu dem Moskauer Urteil: „Die unerhörte Herausforderung, die darin liegt, daß eine Macht mit der wir staatsrechtlich in einem Vertragsverhältnis stehen, uns als Rebellenhilfe glaubt behandeln zu dürfen, erfordert gezielter von deutscher Seite unzweideutige Zurückweisung. Den Russen, die erfahrungsgemäß nur durch drastische Mittel zu bekehren sind, muß zu Gewalt geführt werden, doch der von vielen gelehrte Repressalienweg auch uns offen steht. Wie können, wenn wir wollen, das Leben unserer beiden Landsleute tauend hoch aufwiegen. Es löslen genug Sowjetagenten in Deutschland herum.“

### Die Arbeiterschaft delegation nach Außland vor der Abreise

Wie wir erfahren, sind die Vorbereitungen für die Abreise der Arbeiterschaft nach Russland nahezu abgeschlossen. Beim „Arbeiterkomitee für die Russlanddelegation“ laufen noch täglich Weißungen von Delegierten ein, welche in Betriebsversammlungen, freigewerkschaftlichen Funktionärsversammlungen oder Betriebsratversammlungen gewählt worden sind. Trotz der Kürze der Zeit, welche für die Vorbereitungen zur Verfügung stand, sind bereits auch Geldmittel aufgebracht worden, die ja bekannt ist, daß kein Delegierter fahren kann, für den nicht von den delegierenden Körperschaften die nötigen Mittel ausgebracht worden sind.

Unter den Delegierten, welche bereits gewählt worden sind, und welche sieben fahren, befinden sich fast nur Arbeiter aus den größten Betrieben. Alle Delegierten sind freigewerkschaftlich organisiert, das auf einen, welcher dem christlichen Bergarbeiterverband angehört. Zwei Drittel der Delegierten gehören der SPD. an und zwar handelt es sich durchweg um Funktionäre der SPD., welche als Betriebsratsvorsitzende und langjährig gewerkschaftlich organisierte Genossen großen Einfluss in ihren Betrieben haben. Sodann sind einige Parteilose und etwa 12 Kommunisten gewählt worden.

Unsere Genossen müssen noch in der nächsten Woche dafür sorgen, daß bei der Abreise der Delegierten die Arbeiterschaft über den Zweck der Delegation in Betriebsversammlungen oder öffentlichen Kundgebungen aufgeklärt wird. In Berlin, wo sich die gesamte Delegation sammelt, findet am Donnerstag, den 9. Juli, eine Kundgebung des Arbeiterkomitees für die Russlanddelegation statt, in welcher sich die Delegierten von der deutschen Arbeiterschaft verabschieden.

### 20 Millionen Kredit für Krupp

Berlin. Ausländische (bezeichnenderweise nicht inländische) Zeitungen berichten, daß die Firma Krupp von der Reichsregierung einen völlig ungedeckten Kredit von 20 Millionen RM. erhalten habe, da die Banken nicht mehr hätten, der Firma Stützungskredite zur Verfügung zu stellen. Die Bürgergerichte über die schwere Kruppkriege hätten sich völlig bestätigt. Regierung und Behörden haben der Öffentlichkeit bis jetzt noch nicht die geringste Andeutung über die Kruppanierung vermittelst Steuergeldern gemacht.

### Die Eisenbahner vor einem Lohnkampf

Berlin, 8. Juli. (Eigene Drahtmeldung.) Trotz des steigens der Tendenz hat die Eisenbahner-Gewerkschaft beschlossen, den am 1. Juli fundaren Lohntarif vom 13. März nicht zu kündigen, sondern erst in der zweiten Hälfte des Juli wiederum zu Beratungen zusammen zu treten.